

Die fraglichen Kläuben lauten wie folgt: „Jede in Verhandlungen stehende Regierung & M. soll die anderen Regierungen & M. falls dies interessiert sind, unentgeltlich und ihnen Gelegenheit zur Mitteilung ihrer Ansichten geben, wenn sie glauben, daß ihre Interessen berührt werden können. Jede Regierung & M. sollte nach Erhalt solcher Informationen gegenwärtige Ansichten mit allgemeiner Schnelligkeit überlegen und die Regierungen & M. gegenwärtige Schritte tun, die die anderen Regierungen & M. in irgendwelche Verpflichtungen ohne deren endgültige Zustimmung vermeiden könnten.“

wirtschaftlichen Maschinen in ständiger Annahme begriffen ist und damit dem Bauern sein großes Tagewerk erleichtert wird.

Der Gedanke der Schulung aller Volksträfte zur höchstmöglichen Leistung gehört zur allgemein gültigen Erkenntnis. Zur Leistung soll aber auch die Gestaltung treten, die vom nationalsozialistischen Geiste erfüllt ist und alle Glieder unseres Volkes mit einem festen Bunde umschließt. Daß der Staat dabei besonders an die Schulung seiner Beamtenenschaft denkt, ebenso wie an die Heranbildung der Jugend, versteht sich von selbst. Staatssekretär Dr. Lammers hat als Führer des Reichsverbandes Deutscher Verwaltungsfachleute auf diese Gedankenfolge hingewiesen und betont, daß bei der Behebung besonders schwieriger Stellen und bei Beförderung die Leistung entscheidend ist. Er hat auf den Wandel hingewiesen, der sich durch die Neuordnung weiterer Rechtsgebiete auf fast allen für den Beamten wichtigen Willensgebieten vollzogen hat. So hat die erbrechtliche Gesetzgebung und das neue Bauernrecht ganz neue Fachgebiete entstehen lassen.

Ein bedeutungsvolles Zeichen von Kulturwille des deutschen Volkes und seiner Führung war auch die Jahrestagung des Deutschen Museums in München, die vom bisherigen Vorsitzenden, Kommerzienrat Köhling geleitet wurde. Reichsminister Raft konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Reichsregierung zwei Millionen RM. zum Ausbau dieses vom Oskar von Miller geschaffenen Werkes zur Verfügung stellte.

Schallplattenindustrie auf falschem Wege.

Seit Montag haben die deutschen Rundfunkhörer ihre bisherigen Schallplattenfindungen durch zwei Unterhaltungs- und Konzertmusik, die von der Millionenzahl der Hörer und nicht zuletzt auch von ausgesprochenen Schallplattenliebhabern mit Zujubeln und Genugtuung aufgenommen wird, umjohet, als man die klare Frontstellung des deutschen Rundfunks gegen ein von jüdischer Hand angeregtes und geleitetes Schallplattenunternehmen in der Reichsweite vor, in der es u. a. heißt: „Der Wiedergabe des Plattenumsatzes, der 1. S. von 30 Millionen Stück im Jahre 1929 auf etwa 8 Millionen im Jahre 1933 sank, ist wohl nur zum allergeringsten Teile auf die „gewerbliche“ Verwertung von Schallplatten zurückzuführen. Vielmehr liegt in der technischen Revolution begründet, die die Entwicklung des Rundfunks auf dem gesamten Gebiet der Elektroakustik hervorgerufen hat. Die Schallplattenindustrie hat also eine falsche Frontstellung: nicht die Rundfunkindustrie ist ihre Gegnerin, sondern die Rundfunkindustrie, mit der sie auch lange gekämpft hat und die jetzt mehr und mehr zu verständigen laßt. Sie hat früher nur die übermäßig ausgedehnte Sendung von Schallplatten im Rundfunk beanstandet und in dieser Überbreitung wohl auch mit Recht eine Gefährdung ihres Abzuges erblickt; den Vorteil der Propaganda aber, der ihr aus der Schallplattenfindung erwuchs, in dem mehrfach verlängerten Abkommen zwischen Industrie und Rundfunk vom Jahre 1931, das die Sendungen auf zwei Stunden täglich beschränkte, anerkannt. Die Plattenindustrie hat damals die Propaganda durch den Rundfunk so hoch veranschlagt, daß sie als Gegenwert die kostenlose Wiedergabe der Platte gestattete. Wenn man jetzt die „gewerblichen“ Vorteile des anderen (Rundfunk) gegen den eigenen Vorteil der Propaganda härter in den Vordergrund schiebt, so scheint die Schallplattenindustrie dieses unwürdige Moment der Werbung heute etwas zu einseitig nur als einen Posten in der Rentabilitätsrechnung anzusehen, und das in einer Zeit, in der das Geschäft nach den eigenen Berichten der Industrie sich zu Ende beugt.

Es ist bei der gegenwärtigen Lage der Schallplattenindustrie unheimlich, wenn sie sich die Möglichkeit vorrechnen wollen, ihre Einnahmen zu erhöhen, um ihrer Gefährdung die Arbeitsplätze zu erhalten oder sie noch zu vergrößern. Allerdings darf man nicht aus der Annahme der Rundfunkfreiheit rein rechtsgemäß auf eine erhöhte Leistungsfähigkeit des Rundfunks gegenüber industriellen Forderungen schließen, denn die Aufgaben des Rundfunks sind heute ganz andere und umfassen mehr als in den ersten Jahren. Der Rundfunk darf besonders in der Wahrnehmung seiner großen öffentlichen, kulturellen und staatspolitischen Aufgaben nicht beschränkt werden, durch überhöhten Forderungen einer Industrie, die in den Jahren der Hochkonjunktur mit ihren Einnahmen sehr großzügig verfahren ist.

Arbeitstagung evangelischer Kirchenführer.

Unter Leitung des Reichsbischofs.

Berlin, 8. Mai. Am 8. Mai der Reichsregierung veranlassen sich unter der Leitung des Reichsbischofs am Freitag evangelische Kirchenführer zu einer Arbeitstagung. Nach einem Referat von Professor Dr. Witte über Ziele und Bestrebungen der neubelebenden Bewegungen verlas der Reichsbischof ein an die Gemeinden gerichtetes

Nicht ein einziges Abkommen unterzeichnet.

Schlußbericht der baltischen Konferenz.

Kowno, 9. Mai. Der litauische Außenminister Loozaitis, der lettische Außenminister Runers und der estnische Außenminister Seljamaa, die bekanntlich zu einer Außenminister-Konferenz der baltischen Staaten in Kowno zusammengekommen waren, empfingen am Mittwochabend die Presse, um sie von dem Ergebnis der Konferenz in Kenntnis zu setzen. Sie gaben ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Konferenz, die völlig im Geiste des Friedens verlaufen ist, den baltischen Verband in der Zusammenarbeit bei aktuellen außenpolitischen Fragen einen Schritt weitergebrückt habe.

Über den Abschluß der Konferenz bringt die litauische Telephonagentur einen längeren amtlichen Schlußbericht. Danach ist es auf der Konferenz, auch nicht zum Ab-

Das Antwort-Telegramm an den Führer.

Berlin, 8. Mai. Der König von England hat das Glückwunschtelegramm des Führers und Reichstanzlers mit einem Telegramm erwidert, welches in Übersetzung wie folgt lautet: „Ich danke Ihnen, Herr Reichstanzler, aus warmster für die Glückwünsche, die Sie so freundlich waren, mir gelegentlich meines 68ten Geburtstages zu übersenden. Ich bin Ihnen besonders dankbar für Ihre freundliche Erwähnung meiner Bestrebungen und der Bestrebungen meiner Regierung im Interesse des Friedens. Die Sache des Friedens liegt mir sehr am Herzen und ist das höchste Ziel, das meine Regierung vor Augen hat. Ich erwarte Ihre guten Wünsche für den Erfolg dieser Sache und vertraue darauf, daß ich damit nicht nur die Zustimmung meines eigenen Volkes, sondern die der ganzen zivilisierten Welt zum Ausdruck bringe.“ (ges.) Georg R. I.“

Freierlicher Empfang im St.-James-Palast.

London, 8. Mai. König Georg empfing am Mittwoch im Thronsaal des königlichen St.-James-Palastes die diplomatischen Vertreter der ausländischen Mächte und die Abgeordneten der britischen Dominien und Kolonien, um ihnen und damit der Welt für die Glückwünsche zu seinem 68ten Regierungsjubiläum zu danken.

Der Empfang begann mit einer Ansprache des britischen Vizekönigs der Dominien als Dogen des diplomatischen Korps. An seiner Antwort sagte König Georg unter anderem, er und die Königin seien tief gerührt durch die Wärme und Aufrichtigkeit der Glückwünsche des diplomatischen Korps. „Es ist eine Freude für mich, und, wie ich

hoffe, ein glückliches Vorzeichen für die Zukunft, daß Abgesandte aus jedem Teil des Erdballes heute hier in Freundschaft und Vertrauen versammelt sind. Ich bete zu Gott, daß die Einmütigkeit, die sie heute an dieser Stelle zusammengebracht hat, ein Sinnbild eines dauerhaften Friedens in der gesamten Welt sein möge.“

Dann begrüßte die vier Ministerpräsidenten der britischen Dominien Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland den Monarchen mit kurzen Ergebnissberichten. Der australische Ministerpräsident Lyons erklärte unter anderem: „Australien liegt weit entfernt von den Gestaden Englands, aber unsere Ergebenheit gegenüber der Krone und der Person Eurer Majestät wird durch die Tausende von Meilen von Land und See, die uns von Euch trennen, nicht verringert.“ In seiner Erwiderung erklärte der König unter anderem: „Wir grüßen die Ministerpräsidenten der Dominien, die sich gleichberechtigte Partner im englischen Weltreich sind, in unserer gemeinsamen Heimat. Wenn Sie zurückkehren, nehmen Sie bitte jeder zu seinem Volk eine Botschaft der Zuneigung zu allen Mitgliedern dieser großen Familie mit, deren Oberhaupt ich mit soviel Stolz und Dankbarkeit bin. Mit gesundem Menschenverstand und Vertrauen als Schild und Banner, haben wir trotz mancherlei Schwierigkeiten unsere Erbschaft der Freiheit für die Einzelnen sowohl als auch für unsere vielen Rassen erhalten. Die zahllosen und unüberwindlichen Bande des Gefühls und der Abhängigkeit, die uns vereinen, sind kein Geopfer, aber viele Helden haben ein hartes Band, um uns in Zeiten des Unglücks zu verbinden. Es ist mein Gebet und mein fester Glaube, daß dieses geistige Band sich auch als das Band des Friedens erweisen möge.“

Die Ergebnissadresse vom Parlament einstimmig angenommen.

London, 8. Mai. Beide Häuser des englischen Parlaments nahmen am Mittwoch einstimmig die Ergebnissadresse an, die sie am Donnerstagvormittag in der Westminster-Halle dem König anlässlich seines 68jährigen Regierungsjubiläums überreichen werden. In einer langen Rede bezeichnete Ministerpräsident Macdonald den König als einen sehr menschlichen Souverän, der von den Herzen seines Volkes sehr geliebt wird. Macdonald sagte unter dem Beifall des Hauses: „In der Welt um uns haben wir Kronen und Kränze und Kränze sehen, wir haben Volksherrschaft und repräsentative Einrichtungen gesehen. Und aber ist es gelungen, ohne Revolution fortzudauern und ohne Revolution unsere Jugend zu erneuern.“ Lauten Beifall riefen auch die Worte Macdonalds hervor, daß die englische Krone ein Band der dauernden Einigkeit zwischen England und den englischen Dominien sei. Auch der arbeitgeberparteiliche Oppositionsführer Lansbury schloß sich der Ergebnissadresse an und erklärte unter Beifall: „Die englische Verfassung funktioniert, und die Volkswaffen gewinnen mehr und mehr die Anerkennung des Volkes, sich an der Zukunft dieses Landes zu beteiligen.“ Lansbury sagte, daß er auch keine klassenmäßigen Gründe gegen den König anzuführen könne; denn die Königsfamilie habe durch ihr Verhalten zur Befestigung der Klassenunterschiede beigetragen. Auch der liberale Führer, Sir Herbert Samuel, und der Vater des Unterhauses, Lord George, begleiteten die Adresse mit herzlichsten Glückwünschen für das Königspaar.

Vordirektorenwähler Eden ist von seiner Krankheit, die er sich bei seiner Rundreise durch Europa zugezogen hatte, nunmehr völlig genesen. Er wird am Montag seine Tätigkeit im Foreign Office wieder aufnehmen.

Italien wirft Abessinien Vertragsbruch vor.

„Zustand der Verdröhung und aktiver Feindseligkeit.“

Rom, 8. Mai. Die Genehmigung des Vorschlages für das Kolonialministerium und die Staatssekretäre des Staatssekretärs Leffina werden von der gesamten Presse groß aufgemacht. In den Stellungnahmen der römischen Blätter wird übereinstimmend gegen Abessinien der Vorwurf der Nichterhaltung des Freundschaftspaktes vom Jahre 1928 erhoben. Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ sagt, in ganz Abessinien werde gegen Italien mobilisiert; die in beschleunigter Form erfolgten großen Rückzugslieferungen, von denen man nicht genau wisse, mit welchen Waffen und Kräften sie den verschiedenen Diktatoren befohlen werden, hängen — so behauptet „Giornale d'Italia“ — aus allen Ländern. Italien könne nicht weiter zulassen, daß sich in den Grenzgebieten seiner Kolonien ein Zustand der Verdröhung und aktiver Feindseligkeit verbreite. Abessinien sei sowohl gegenüber Italien als gegenüber dem Völkerbund vertragsbrüchig. Die abessinische Frage müsse daher auch als europäisches Problem betrachtet und gelöst werden.

Regierungserklärung im spanischen Parlament.

Im Zeichen sozialer Gerechtigkeit.

Madrid, 8. Mai. Das spanische Parlament trat Mittwochvormittag nach fünfjähriger Pause wieder zusammen. Das neue Kabinett stellte sich im Zeichen sozialer Gerechtigkeit vor, die vom Ministerpräsidenten Lerroux verlesen wurde. Darin wird der unbedingte Wille zur Durchführung der großen nationalen Aufgaben betont. Zur Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Ruhe und Ordnung im Lande beabsichtige die Regierung in erster Linie die energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; ferner die Neuordnung der Gemeindefürsorge durch Wahlen im Herbst, dann die Schaffung eines Volkshochschuls und die Ordnung des Gesundheitswesens. Die Arbeit solle im Zeichen sozialer Gerechtigkeit stehen. Als Beispiel der neuen Regierung wird die Verfassungsänderung bezeichnet.

Das Parlament sprach der Regierung mit 180 Stimmen des Regierungsbündes gegen 22 Stimmen der anwesenden Linken das Vertrauen aus.

Von brasilianischer Seite war zur Beilegung des Chaco-Streits angeregt worden, daß die Außenminister Paraguays und Boliviens in Rio de Janeiro, also auf neutralem Boden, zu Vorschlägen über einen Friedensschluß zusammenkommen. Dieser Vorschlag hat bisher keine nennenswerte Beachtung gefunden. Die Regierung erwartet jedoch, daß die Einbindung von den Mächten ausgeht, die als Vermittler zwischen den beiden Staaten tätig sind.

Wort, in dem er gegenüber diesen Bestrebungen zu einer würdigen, dem besonderen Wesen der evangelischen Kirche entsprechenden Stellung auftritt. Im weiteren Verlauf der Arbeitstagung wurden nach längerem noch gegenseitigem Vertrauen getragener Aussprache die entscheidenden kirchlichen Fragen, in besonderer Weise die künftige Gestaltung des Frauenwerks der Deutschen evangelischen Kirche behandelt.

Bewegung und Staat.

10 v. d. der freierwerbenden Beamtenstellen für alle Kämpfer.

Berlin, 8. Mai. Der Führer und Reichstanzler hat angeordnet, daß im Rechnungsjahr 1935 von den im Dienste des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie der Körperschaften des öffentlichen Rechts freierwerbenden planmäßigen Beamtenstellen des unteren und des mittleren mittleren Dienstes 10 v. H. mit solchen für die betreffende Laufbahn geeigneten Nationalsozialisten zu belegen sind, die bis zum 14. September 1930 ihren Eintritt in die Partei erfüllt haben.

Reichsbauernführer Darre

entstammt altgermanisch, nordisch-germanischem Bauerntum. Annahme französischer Abstammung nicht haltbar.

Berlin, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Staatsminister beim Reichsbauernführer, Dr. Hermann Reichle, teilt in der organisationalen NS-Landpost mit, daß gelegentlich immer wieder die Annahme einer nordischen Herkunft der Familie Darre aufgeführt wird. Auch in seiner 1933 erschienenen Lebensgeschichte „Reichsbauernführer Darre“ habe er auf Grund der damals in der Familie vorliegenden Überlieferungen diese Herkunft angenommen. Bereits in seiner bekannten Rede in Starom im vorigen Jahre habe der Reichsbauernführer selbst davon Mitteilung gemacht, daß sich die Annahme der französischen Abstammung als nicht haltbar erweisen habe. Vielmehr habe sich durch amtliche Überprüfung ergeben, daß die Vorfahren Darres, namentlich die Vorfahren, gewesen sind. Der Urgroßvater wurde Soldat, da der Freiherrenhof des Geschlechts dem Bauernlegen des pommerischen Großbesitzes zum Opfer gefallen war. Ein seltsames Schicksal habe den Urentel R. Walter Darre dazu auszuweisen, im Erbhofgehe die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß das damals am Bauerntum geklebte Unrecht heute unter Adolf Hitler wieder aufgehoben werden könne. Dr. Reichle weist noch darauf hin, daß das pommerische Freiherrengeschlecht Darre sich auf norwegischem, schwedischem, niederländischem und holländischem Bauerntum bide, wobei der Reichsbauernführer die Schwalle altgermanisch, nordisch-germanischen Bauerntums in seinem Blut vereint.

Die Verhaftung des Vikars R. aus Kirchhundem.

Zum Mord an dem Arbeitsdienstmann Koh.

Dortmund, 8. Mai. Die Staatspolizeistelle Dortmund teilt mit: Bei dem im Zusammenhang mit dem Mord an dem Arbeitsdienstmann Koh genannten Geständnis handelt es sich nicht, wie einzelne Zeitungen berichtet haben, um den Christpfarrer, sondern um den Vikar R. aus Kirchhundem. Gegen Vikar R. (geboren bereits vor einiger Zeit) Ermittlungen wegen seiner unerhörten Hege gegen Staat und Bewegung. Auf Grund des erbrachten Beweismaterials ist gegen R. am 8. Mai 1935 richterlicher Haftbefehl ergangen.

Schluß nur eines einzigen Abkommens geschlossen. Es wird behauptet, daß die Bemühungen zur Sicherung des Friedens in Osteuropa, die anfänglich ihren Ausdruck in dem Gedanken des Doppelpaktes gefunden hätten, fortgesetzt werden würden und daß die Anstrengungen der Mächte bisher infolge Ergebnisse gezeitigt hätten, daß die Mächte ihre Zustimmung zu dem Gedanken eines kollektiven und regionalen Sicherheitspaktes ergeben hätten. Die drei Staaten seien bereit, ihre aktive und ehrenvolle Mitarbeit jeder Art zu leisten, die die Verständigung der drei Staaten untereinander und die Befestigung ihrer Zusammenarbeit im Geiste des Völkerbundpaktes prüfen und vertiefen. Sie seien entschlossen, sich gegenseitig nach den Bestimmungen des Artikels 1 des baltischen Abkommens vom 18. August 1934 politische und diplomatische Hilfe zu leisten.

PREISE:
1.80 u. 3.35
Liter 5.40

Aus den Gerichtssälen.

Fleischhauer wird bedroht.

Dossli als Kritiker im Berner Jüdischenprozeß.

Bern, 8. Mai. In der Vortragsveranstaltung im Jüdischenprozeß verurteilte sich der Schweizer Fleischhauer Dossli, mit dem er am Dienstag bedroht worden war, und drückte auf Schuß, da er auf Schweizer Boden als Ausländer nicht von dem Recht der Notwehr Gebrauch machen möchte. Der Richter sprach ihm kein Bedauern aus und begnadigte den Angeklagten als einen Dummkopf. Dem Bedauern schloß sich der Anwalt der Klägerpartei an.

Der Schweizer Dossli hatte sodann sein Gutachten fortgesetzt. Er wandte sich gegen eine Reihe von antisemitischen Behauptungen, wie Ritualmord und Hostienschändung durch Juden und behauptete, daß die Protokolle von Antisemiten verfaßt seien. Der Vortragende verurteilte sich dann erneut über die Frage der Entstellung der Protokolle, insbesondere über die Rollen die nach seiner Ansicht der Kopf der russischen Geheimpolizei in Paris, General Koblenz, gespielt habe. Er hielt die Fälschung aus politischen Gründen als erwiesen an. In der Nachmittags-Sitzung befaßte sich der Schweizer mit der Freiheitsfrage und hauptsächlich mit den Schweizer Vögen, was auch wohl ein Verdacht auf die hier laufende Volksbewegung geschloß, die ein Verbot der Vögen bezweckt. Die Schweizer Vögen wiesen, wie er behauptete, als Mitglieder merkwürdig viel Juden auf, während insbesondere der „Große Orient“ von Frankreich andere Grundzüge habe, insbesondere auch die Politik des Landes beeinflusse. Dossli verurteilte sich dann über den sogenannten ethischen Wert der Vögen und meinte, die Aufhebung des Antisemitismus würde viel interessantere Dinge bringen und viel mehr dem Staate nützen als aller Kampf gegen diese sogenannten Geheimgesellschaften. Dossli nahm dann Stellung zum Gutachten Fleischhauers. Er verwies darin die beweissträchtigen dokumentarischen Unterlagen für die Behauptungen. Das Gutachten sei eine Kampfschrift und verfolge nicht, die Wahrheit zu beweisen, sondern dies aus ihrem Inhalt zu beweisen. Selbst wenn die Dokumente echt wären, so könnte man doch nur ihre wirtlichen Rutenen verantwortlich machen. Das Gutachten Fleischhauers beruhe auf der arischen Rassenlehre. Dieser Lehre sprach Dossli naturgemäß die wissenschaftliche Grundlage ab und glaubte, sie psychopathisch werten zu sollen. Er beschimpfte das Gutachten Fleischhauers als Schundliteratur nach Wortauslegungen, Beweisführungen und Schlussfolgerungen, das in vollem Umfang abzulehnen sei. Allgemeine Reaktionen ergaben es, als Dossli nach dieser abschließenden Kritik Fleischhauers seine Goodnight aussprach. Er schloß mit dem laudatorischen Kompliment: Vor Ihrem Mut, Ihrer Überzeugungsstärke, nicht nur Ihrer Überzeugung verneine ich mich, und wünsche, Ihr Beispiel möchte in dieser Beziehung für seinen verloren gehen.

Ein Fremdenführer, wie er nicht sein soll.

Frankfurt a. M., 7. Mai. Vor dem Sondergericht hatte sich wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Staatsregierung der aus Wien gebürtige 30jährige Robert Orgel zu verantworten. Der Angeklagte ist seit einer Reihe von Jahren in London anständig und wirkte seit 1930 als Vertrauensmann weltdeutscher Bäder englische Ärzte zum Besuch der deutschen Bäder. Nachdem sich eine genügende Zahl von Interessenten zusammengefunden hat, reist er mit ihnen nach Deutschland

und bildet den Reiseführer. In den besuchten Kurorten werden die Ärzte jeweils von den Herren der Kurverwaltung und den dort anständigen Ärzten instruiert. Im April d. J. führte der Angeklagte eine Gruppe von zwölf Ärzten an, die über Köln, Elberfeld, Kassel, Kildingen nach Wiesbaden gekommen war. Hier brachten drei der englischen Ärzte ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck, daß der Angeklagte, der doch gewissermaßen als Repräsentant des Deutschen Reiches zu gelten hatte, sich in beleidigender Form über den Führer und die deutschen Frauen unterwegs auf deutschem Gebiet geäußert habe. Der Fall kam zur Kenntnis des Geheimen Staatspolizei und führte zur Verhaftung des Angeklagten, der zunächst darauf hinwies, daß er auf der Reise viel getrunken habe und im übrigen betrunken, daß dem Vorwurf nach so geäußert zu haben, wie es behauptet wurde. Die ausländischen Ärzte wurden zwar nicht zu Protokoll genommen, aber sie machten drei deutschen Zeugen gegenüber für den Angeklagten belastende Angaben. Oberstaatsanwalt Dr. Raasch beantragte eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Die Aufgabe des Angeklagten der deutschsprachigen Junge sei und von deutscher Seite für seine Tätigkeit entlohnt wurde, sei eine wirtschaftliche und politische gewesen. Wir Deutsche haben alles Interesse daran, daß Ausländer uns besuchen, um sich eben von den geringsten Aufwänden bei uns zu überzeugen und Vertrauen von uns zu gewinnen. Es sei daher der Gipfel der Unanständigkeit von dem Angeklagten gewesen, wenn er sich absichtlich äußerte und unnötiges Geschwätz machte und glaubte, er müsse die Gäste durch Witze um unterhalten. Das Gericht, das den Fall wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit, aber unter Zulassung der Presse verhandelte, erkannte den Angeklagten des Vergehens gegen § 1 des Gesetzes für schuldig und bewies die Strafe auf 1½ Jahre Gefängnis.

Betrückerkonfession ungeschädlich gemacht.

Der Schwager des ehemaligen Polizeivizepräsidenten „Hidor“ Weich unter schwerer Anklage.

Berlin, 8. Mai. Nach Abkühlung umfangreicher Ermittlungen konnte von der Staatsanwaltschaft Berlin jetzt Anklage wegen einer großen Zahl raffinierter durchgeführter Unfallsbetrügereien erhoben werden. Das bevorstehende Strafverfahren gegen die 14 Angeklagten verpricht aufsehenerregende Enttarnungen zu bringen über die Arbeitsweise dieses unter Führung des 43jährigen Helmut Buch lebenden Betrückerkonfessions, das Versicherungsgeheimnisse und sonstige Heftigkeiten in der Zeit von 1931 bis 1933 in nicht weniger als 19 Fällen um Beträge von rund 20 000 RM. geschädigt haben soll. Mitangeklagt sind zwei Ärzte, die unter dem Einfluß von Buch falsche Atteste zur Unterstützung der Schadenersatzansprüche ausstellen mußten. Fast alle Angeklagten wurden der Reihe nach von den vorgetragenen Unfällen betroffen, bei denen jeweils drei bis vier Mitglieder der Konfession in verteilten Rollen mitwirkten. Buch ist der Schwager des berühmten früheren Polizeivizepräsidenten „Hidor“ Weich. Er brachte in einem ausschweifenden Leben das große väterliche Erbe durch und leitete bereits im Jahre 1928 den Offenbarungseid. Ende März 1932 gründete er dann die „Internationale Schutzkasse für Unfallgeschädigte, Bezirksdirektion Buch“. In groß aufgemachten Zeitungsanzeigen warb er für dieses Unternehmen, das den Unfallgeschädigten Beratung und Hilfe in allen Schadenssachen versprach. Ein Teil der Sachen wurde formell einem mitangeklagten Rechtsanwalt übertragen; die Bearbeitung erfolgte jedoch in allen

Fällen persönlich durch Buch, der sich in häßlicher Begleitung des Almal vorbestraften Berufsrichters Giffen befand.

Buch hat sich nach der Anklage außerdem eines Sittlichkeitsvergehens an einem 14jährigen Mädchen sowie in Gemeinschaft mit seiner jetzt von ihm geschiedenen dritten Ehefrau, der Mitangeklagten Elisabeth Buch, der vollendeten und verurteilten räuberischen Erpressung an einem wohlhabenden Chefarzt schuldig gemacht, mit dem Frau Buch ein Verhältnis unterhalten hatte. Das laubere Paar soll mit den gemeinten Mitteln von diesem Arzt 2000 RM. erpreßt haben, nachdem vorher 30 000 RM. „Schweigegehalt“ gefordert worden waren. Auch wird Buch zusammen mit seinem Lebewächter Giffen und einem anderen Mitangeklagten die Aufgabe einer falschen eldesrattlichen Versicherung zur Last gelegt.

Auch ihn ereilte die Vergeltung.

Sicherheitsverwahrung für einen Mithäter bei der Ermordung Horst Wessels.

Berlin, 8. Mai. Die 13. Strafkammer des Berliner Landgerichts gab heute dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Anordnung der nachträglichen Sicherheitsverwahrung gegen den 33jährigen Josef Kanbuski, einen der Mithäter bei der Ermordung Horst Wessels, statt.

In der Verhandlung gegen den mehrfach vorbestraften Verbrecher, der im ersten Strafverfahren gegen die Mörder Horst Wessels mit der ununterbrochenen Strafe von fünf Jahren und einem Monat, Justizhaus davon gekommen war, lebte noch einmal die Erinnerung an die furchtbare Zeit kommunistischer Mordmänner auf, der der nationalsozialistische Freiheitskämpfer Anfang 1930 zum Opfer fiel. Als der zu sechs Jahren Justizhaus verurteilte Mithäter den üblichen Schuß auf Horst Wessel abgab, fand Kanbuski hinter ihm und hat später aus dem Wägelchenschrank im Zimmer Horst Wessels eine Pistole geholt. Kanbuski ist seit 1918 im ganzen Deutschland wegen Diebstahl vorbestraft und ohne persönliche Not immer wieder straffällig geworden. Da er von seinem verbrecherischen Gang nicht abzubringen war, mußte er als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher angeprochen werden, vor dem die Öffentlichkeit durch Anordnung der Sicherheitsverwahrung ein für alle Mal zu schützen ist.

* Beschimpfung des Führers in Trunkenheit. Nach § 330 StGB. wurde der 30jährige Wilhelm Böhler (Mainz), zur Zeit in Haft, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, abzüglich vier Monate verbüßter Unterjüngungsstrafe. B. hatte in der Nacht vom 26. auf 27. Dezember 1934, nachdem er mit anderen eine Bierhalle von abends 6 Uhr bis morgens 2 Uhr hinter sich hatte, in betrunkenem Zustand auf offener Straße schwer beleidigende Äußerungen über den Führer und seinen Stellvertreter getan. Seine festgestellte Trunkenheit, von der er aber nichts mehr wissen will, schützte ihn nicht vor Strafe, denn das Gesetz bestraft heute auch den, der sich fahrlässig oder absichtlich in einen Zustand versetzt, in dem er strafbare Handlungen begeht. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

* Sühne für den Mord von Geiselhauken. Des Schwurgericht Landshut verurteilte am Mittwoch wegen Mordes an der 17jährigen Fabrikarbeiterin Maria Wehrhüber den 23jährigen Johann Halbed aus Geiselhauken zu Tode. Halbed hatte mit der Wehrhüber ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Er behauptet, sie umgebracht zu haben. Diese Tat am 23. Februar 1933 in rother Weile aus. Das Mädchen wurde von ihm erdrosselt, mit einem Hammer erschlagen und schließlich auf einen Bahndamm geschleppt um es überfahren zu lassen und so einen Selbstmord vorzutäuschen. Der Körper des Mädchens bewegte sich aber noch und fiel neben die Gleise, wodurch die beschuldigte Beteiligung verteilt wurde.

Das einzigartige

Thermal-Freiluft-Schwimmbad

in SCHLANGENBAD ist eröffnet.

Zahle für Lumpen
Rilo 5 Pfennig

alte Affen (unter Garantie post.
Bernicht). Altklein u. Gerümpel.
J. Gersbach, Frankfurt a. M. 8. 5. 35.
Karte genügt. Komme sofort.



Verfälschte Injektion
im meistgelesenen
Wiesbadener Tag-
blatt schafft Umst.!

Oefen-Herde
Gasherde

Zubehörteile — Reparaturen

Jacob Post

Hochstättenstraße 2
Marktstraße 9
Altrenom. Fachgeschäft.

Am 4. Mai ist plötzlich und unerwartet mein lieber guter treubesorgter Mann, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Franz Stützel

Polizei-Oberleutnant a. D.

im Alter von 48 Jahren von uns gegangen.

In tiefem Schmerz:

Frau Mary Stützel, geb. Anstett und Angehörige.

Niederwall, Darmstadt, Potsdam und Wiesbaden, den 9. Mai 1935.

Die Beerdigung fand in aller Stille statt.

Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen

Herrn Wilhelm Schlüter

ihre Teilnahme bewiesen, unseren besten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, den 8. Mai 1935.

Elegante Damenhüte große Ausw.
Unverarbeitet billig
Sensdorf, Moritzstr. 40.1.

Matulor

zu haben im Tagbl. Berlin.
Schalterhalle rechts.

Todesfälle in Wiesbaden

Christine Wagner, geb. Trojan.

74 Jahre, 7. 5.

Elisabeth Jung, geb. Eins. Bwe.

64 Jahre, 7. 5.

Elis. Wiersberger, geb. Koller.

Schwarz, 29 Jahre, 7. 5.

Emil Gedenbach, Gärtnermeister.

53 Jahre, 8. 5.

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben treuen Mann, meines Kindes treusorgenden Vater, unseren lieben Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Emil Gockenbach

Gärtnermeister

nach schwerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden im Alter von 53 Jahren gestern zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Christine Gockenbach, geb. Müller

Emil Gockenbach.

Wiesbaden (Weltritzal), den 9. Mai 1935.

Die Einäscherung findet Freitag, den 10. Mai 1935,

vormittags 10 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Heute Abend entschlief sanft nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Frau Christine Wagner

geb. Trojan

im 74. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden (Schachtstraße 9), den 7. Mai 1935.

Die Einäscherung findet Samstag vormittags 11 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Handel
und Industrie

Wirtschaftsteil

Landwirtschaft
Banken und Börsen

Wandlungen auf dem deutschen Kapitalmarkt.

Im Rahmen der Unternehmerrichtlinie für Reichsbankbeamte sprach am Mittwoch Reichsbankdirektor Dr. Doering zu diesem Thema. Kapitalmarktfragen, so betonte der Redner einleitend, beschäftigen heute die Reichsbank in ungewöhnlichem Maße, ja die Wiederherstellung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes ist geradezu zum Angelpunkt der Reichsbankpolitik auf dem Binnenmarkt geworden. Zum Verständnis für die gegenwärtige Kapitalmarktpolitik sei es notwendig, sich die seit dem Kriege eingetretenen tiefgreifenden Wandlungen auf Seiten des Kapitalangebots, der Kapitalquellen, der Spargewohnheiten, der Kapitalnachfrage, deren Verteilung und der Emissionsgewohnheiten klar zu machen. Deutschland sei von einem Kapitalgläubiger zu einem Kapitalfahndler geworden, das organisierte Sparen sei in den Vordergrund getreten und die Schlichtungsorgane spiele eine größere Rolle. Die Neigung zu langfristigen Bindungen sei geringer geworden, was allgemein zu einer Verflüchtigung der Anleihekapitalien geführt habe. Das Kapitalangebot sei noch wie vor unzureichend und habe die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung über Reichsbank und Geldmarkt notwendig gemacht.

Die Kapitalverteilung habe sich in der Nachkriegszeit nicht so vollzogen, wie es das gegenüber der Kapitalfrage unzureichende Kapitalangebot erfordert hätte. Insbesondere habe es die öffentliche Hand in der vergangenen Epoche an der notwendigen Rückführung auf Stärke und Tempo der Kapitalbindung fehlen lassen. Infolge der wenig pflichtigen Behandlung des Kapitalmarktes und des häufig politisch bedingten Zu- und Abnehmens von Auslandskapital hätten sich die Beziehungen zwischen Kapitalgebern und wirtschaftlicher Lage gelockert. Charakteristisch sei die Umkehrung des Verhältnisses zwischen Aktien- und Rentenrendite und die Veränderungen in der Renditeentwicklung der festverzinslichen Werte gewesen, die sich neuerdings wieder der in der Kriegszeit üblichen annäherte. Nachdem Dr. Doering dann die Entwicklung der Verhältnisse von Reichsbank und Kapitalmarkt im einzelnen dargelegt hatte, erwähnte er eingehend die

Kapitalmarktpolitik der nationalsozialistischen Regierung, der es vorzuziehen geblieben sei, hierin eine auf lange Sicht eingestellte klare Linie aufzuzeigen und einzuhalten und wies auf die bereits sichtbaren Erfolge dieser Politik hin. Die Regierung habe sich vor drei Aufgaben gestellt gegeben:

1. Aufsaugung der eingetorenen Schulden.
2. Wiederherstellung eines funktionstüchtigen Kapitalmarktes.
3. Senkung des überhöhten Zinsniveaus.

Durch planmäßige Überwachung des Kapitalmarktes, Beilegung des Misstrauens, Erleichterung vorhandener Kapitalquellen und Lenkung des Kapitalstromes zum Rentenmarkt seien die Voraussetzungen für die nunmehr erfolgreich durchgeführte organische Zinslenkung geschaffen worden. Für die Zulassung neuer Emissionen zum Börsenhandel habe nicht mehr das Bedürfnis des einzelnen, sondern das allgemeine Interesse im Vordergrund, welches zunächst die Überleitung der Arbeitsbeschaffungskredite in langfristige Form erhöhte sowie die Marktlage des Geldes und die nicht aus dem Steueraufkommen abgedeckt werden könnten. Auch die Erweiterung der heimischen Rohstoffbasis und der Wohnungsbedarfe müssen berücksichtigt werden. Der Anfang mit der Handhabung der Arbeitsbeschaffungskredite sei bereits mit 100 Milliarden Sparzettel gemacht worden und zwar in einer Form, die eine Beeinträchtigung des offenen Marktes vermeiden habe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Deduktion des langfristigen Anleihebedarfs des Reiches dort vorgenommen werde, wo die Kapitalbildung als Ergebnis der vom Staat herbeigeführten Wirtschaftsebene sichtbar werde. Der Redner schloß mit einem Appell an die Reichsbankbeamten, zu ihrem Teil die Bekämpfung der Reichsbank und Reichsbank zur Senkung des Kapitalmarktes nach Kräften zu unterstützen, auf daß die Beilegung des deutschen Kapitalmarktes der Arbeitsbeschaffung dadurch zum erfolgreichen Ende geführt werde, daß die Volksgemeinschaft die hierfür aufzuwendenden und noch aufzuwendenden Mittel auf dem Wege über den Kapitalmarkt willig hergibt.

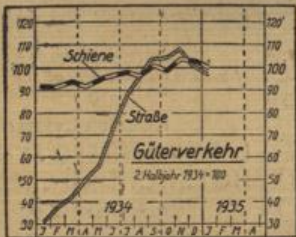
Frankfurt a. M., 9. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Tendenz: freundlich. Die Börse verlor die letzten Anläufe in freundlicher Haltung und hatte am Aktienmarkt durchschnittlich Kursgewinne von 1/2-1% zu verzeichnen. Einige Spezialwerte lagen recht fest. Etwas lebhafter wurden Farben umgelegt. Elektrisierte waren durchweg leicht erhöht. Am Monatsmarkt überboten die Kursbehebungen. Schiffahrtswerte gingen bis 1/2% zurück. Der Rentenmarkt lag sehr still. Kommunalanleihe und Anleihen und späte Reichsschuldbuchforderungen konnten sich nur knapp behaupten. Kreditschleiche und Zinsvergütungsheime lagen unverändert. Im Verlauf blieb die Haltung freundlich und die Kurse einzelner Spezialpapiere wieder leicht erhöhte. Am sehr leichten Vorkursmarkt. Im Rentenmarkt konnte sich Alltags im Verlauf um 1/2% befestigen. Der Monatsmarkt lag im ganzen deprimiert. Staatsanleihen konnten sich überlegen leicht erhöhen. Tabakobligationen notierten ebenfalls freundlich. Fremde Werte lagen später ruhig. Tagesgeld notierte unverändert 2 1/2%.

Berlin, 9. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Tendenz: fest. Die Börse war bei kleinen Anlaufschüben im Verlauf allgemein befestigt. Auch nach dem ersten Kursen ergaben sich weitere Kurssteigerungen, da die in der letzten Zeit beobachteten Glattstellungen heute wesentlich mangelhafter waren. Die Kurse selbst schied ebenfalls zu Rückfällen, da man die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt ungewiß beurteilt. Auch einige Käufe aus Sperrmarktguthaben gaben der Tendenz das Gepräge. Montanwerte waren 1/2-1% gebessert. Am Monatsmarkt waren die Kurse ebenfalls höher. Lediglich die Renten blieben für Umsatzen. Elektrisierte waren 1/2% gebessert. Zinsvergütungsheime waren am Morgen sehr fest. Staats- und Kommunalanleihen unterlagen nur kleinen Veränderungen. Staatswerte konnten bis 1% anziehen, das Geschäft in Papier- und Zinswerten war sehr ruhig. Etwas lebhafter lagen die Bier- und Spirituswerte. Schiffahrtswerte behaupteten sich, während Bankaktien etwas abschrumpften. Renten waren knapp behauptet. Industriebeteiligungen notierten meist 1/2-1% niedriger. Tagesgeld war unverändert leicht und stand mit 2 1/2-3% und darunter zur Verfügung.

Schiene und Straße im Güterverkehr.

Der Aufschwung des Güterverkehrs.

Der Ausbau des Güterverkehrsnetzes der Reichsbahn ist gemäß dem letzten Wirtschaftsjahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung fortgesetzt worden. Ende 1934 waren rund 1400 Kraftfahrzeuge, davon 1200 im Güterverkehr — eingesetzt, im Jahre zuvor knapp die Hälfte. Im Jahre 1934 dürfte der gesamte gewerbliche Güterverkehr (Reichsbahn und Luftverkehr) um 10% gegenüber dem Jahre 1933 um 10% gestiegen sein. In welchem Maße dieser Güterverkehrsteil schneller gewachsen ist als der Güterverkehr auf der Schiene, zeigt — gemessen an den gefahrenen Kilometern — das folgende Schaubild.



Vom Oktober bis Januar hat die Zahl der im Schienen- und Luftverkehr befahrenen Linien um 7% zugenommen, die arbeitsfähige Kilometerleistung um 11,4% gestiegen. Im Laufe des Jahres 1934 hat sich das Kraftverkehrsnetz der Reichsbahn um das Eineinhalbfache ausgedehnt; davon wurde etwa die Hälfte mit bahneigenen Fahrzeugen betrieben.

Der Eisenerz-Bergbau an Lahn, Dill und in Oberhessen.

Weiter anziehende Entwicklung.

Förderung und Abfall im Eisenerzbergbau zeigen im April eine anhaltende steigende Entwicklung. Die Vorräte sind entsprechend weiter gestiegen. Die Tiefbohrungen und Untertagearbeiten zeigen steigende Fortschritte. Es sind bisher mit 31 Bohrungen insgesamt 350 Meter abgebohrt worden. Voraussichtlich werden noch eine Reihe von zur Zeit verlassenen Gruben in Betrieb genommen, so daß die monatliche Förderung nach einer gewissen Anlaufzeit um etwa 25 000 Tonnen erhöht werden kann. Diese Förderungsteigerung wird durch den Ausfall einiger demnachst ausgebeuteter Gruben wieder eingetragenen, so daß auf lange Sicht gesehen mit einer absoluten Steigerung von jährlich 200 000 Tonnen gerechnet werden kann. Damit erreicht dieses Eisenerzgebiet wieder eine Förderung von jährlich 1 Mill. Tonnen, wie sie der Normalförderung der letzten 60 Jahre entspricht. Raubbaue müßte, wie im Lagerbetriebe der Bergbauwirtschaft, immer ausgefällt wird, vermeiden werden.

Die vom Reich genehmigten Beiläufe von 800 000 RM. für die gesamten Gruben an Sieg, Lahn, Dill, in Thüringen, Oberhessen und am Rhein ist wieder in den Etat 1935/36 eingetragenen worden. Es kann erwartet werden, daß dieser Betrag künftig für zusätzliche Untertage- und Aufschüttungsarbeiten entsprechend den einkommenden Anträgen der Bergbaubetriebe verwendet wird. In erster Linie sollen die Bohrungen weiter betrieben werden. Insgesamt sind 10 Bohrgeräte in Betrieb, so daß auf diesem Gebiete ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Der Rest der Summe soll auf die bereits demnächst aufzuführenden Arbeiten verteilt werden.

* Neue ungenutzte Schatzanweisungen. Angesichts der großen Nachfrage nach Schatzanweisungen konnte am 5. Mai eine neue Serie zum 15. Februar 1937 zu einem Discontsatz von 3% aufgelegt werden.

Berliner Devisenkurse

Berlin, 9. Mai. DNB-Telegraphische Auswertungen für

	8. Mai 1935	9. Mai 1935
	Gold	Devisen
Argentinien	12,315	12,315
Brasilien	0,858	0,858
Belgien	41,98	42,06
Brasilien	0,201	0,201
Bulgarien	2,047	2,047
Canada	2,478	2,480
Dänemark	53,66	53,76
Frankreich	46,89	46,99
Indonesien	12,015	12,015
Japan	68,43	68,43
Landesbank	5,205	5,205
Frankreich	16,38	16,42
Grönland	2,354	2,354
Indonesien	168,13	168,13
Indonesien	54,38	54,46
Indonesien	20,53	20,53
Indonesien	9,707	9,707
Indonesien	5,649	5,649
Indonesien	80,82	80,82
Indonesien	41,63	41,63
Indonesien	60,51	60,51
Indonesien	48,95	48,95
Indonesien	46,87	46,87
Indonesien	10,91	10,91
Indonesien	2,488	2,488
Indonesien	81,94	81,94
Indonesien	30,35	30,35
Indonesien	33,95	33,95
Indonesien	10,28	10,28
Indonesien	1,979	1,979
Indonesien	1,021	1,021
Indonesien	2,486	2,486

Steuerkurschne

	8.5.35	9.5.35
1934	103,37	103,37
1935	107,37	107,37
1936	107,40	107,40

Sozialisten der Tat
find Mitglieder der NS-Volkswirtschaft.

Kursbericht des Wiesbadener Tagblatts.

Rhein-Main-Börse

8.5.35 9.5.35

Banken

A. D. Creditanstalt

Bank L. Brunsdahl

Com. u. Privat-B.

D. H. u. W. Bank

Dresdner Bank

Frankf. Hyp.-Bank

Hamburg. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

Hess. Hyp.-Bank

8.5.35 9.5.35

Banken

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

8.5.35 9.5.35

Banken

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

8.5.35 9.5.35

Banken

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

8.5.35 9.5.35

Banken

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

8.5.35 9.5.35

Banken

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank

Bayer. Landesbank